

Spitzenverbände zum Wachstumspaket der Bundesregierung

Nach fast drei wachstumsstarken Jahren sprechen viele Experten von „Wirtschaft im Abschwung“. Hinzu kommt die Finanzmarktkrise. Die vier Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft erwarten von der Bundesregierung, dass sie in dieser Situation entschlossen handelt. Das geplante Wachstumspaket dürfe jedoch nicht das Ziel eines ausgeglichenen Bundeshaushalts gefährden. Gefragt seien Maßnahmen, die auch vor der Finanzmarktkrise schon richtig waren.

BDA, BDI, DIHK und ZDH lehnten, wie die Bundesregierung klassische Konjunkturprogramme, die sich stets als kostspielig erwiesen haben und nur ein kurzfristiges Strohfeuer ohne nachhaltige Wirkung entfachten, klar ab.

Dagegen verbessere ein Teil der von der Bundesregierung angedachten Maßnahmen die Rahmenbedingungen für privatwirtschaftliche Investitionen. Sinnvoll sei es, öffentliche Investitionen, wie z. B. in die Verkehrsinfrastruktur, vorzuziehen.

Bei aller kurzfristigen Handlungsnotwendigkeit zur Stabilisierung der Realwirtschaft dürfe nicht in den Hintergrund geraten, dass am Standort Deutschland nach wie vor großer struktureller Reformbedarf besteht. Konjunkturstabilisierende Maßnahmen seien kein Ersatz für strukturelle Reformen. Vordringlich gehe es um eine den Fortbestand der Familienunternehmen unterstützende Reform der Erbschaftsteuer, um investitionsfördernde Nachbesserungen bei der Unternehmenssteuerreform, um ein realistisches und nachhaltiges Konzept für die Energieversorgung sowie um die Intensivierung der Anstrengungen in den Bereichen Bildung und Forschung. Gefordert ist auch "mehr Netto vom Brutto", z. B. durch eine Senkung der Sozialversicherungsbeiträge unter 40 Prozent sowie eine Anpassung der Einkommensbesteuerung an die Preissteigerungen.

Theo Kersche